

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelhefte 5 Pf. Anzeigenpreis die Spalte, Colonelhefte für Arbeiter, geladene 75 Pf., Geschäftl. und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Rückschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 22.

Duisburg, den 31. Mai 1919.

20. Jahrgang

Der Schmachfrieden

Der Friedensvertrag liegt vor uns. Ein großer Wand, 180 Seiten stark. Alle 180 Seiten sind nichts anderes als das raffinierteste, teuflischste Werk, das gemacht wurde, um das deutsche Volk zu erdroffen, vollständig wehrlos zu machen und zu zertreten. Die Staaten des Vorkriegs verlaufen die Einwohner erobert Städte in die Sklaverei. Genau das Gleiche tut die Entente. Wir sollen ihre Sklaven, ihre Sklaven sein, die für sie kämpfen und denen man dann als Almosen auch mal ein paar Lebensmittel gibt. Ob dabei das deutsche Volk überlebt und heilig gerettet wird, kümmert diese von Freiheits- und Gerechtigkeitsliebenden Herren der Entente sehr wenig. Wenn man dieses „Friedensbuch“ durchliest, erregt man erst die geradezu ungeheure Lächerlichkeit und politische Stumpfheit, die darin bestand, daß die Deutschen wieder einmal auf schöne Worte wie „Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenliebe“, die ja auch so wunderbar in der bekannten „deutschen Mannesbrust“ klingen, herein gefallen sind.

Wo ist der schöne „Verständigungsfrieden“, mit dem man von uns im deutschen Volk hafter ging und die Widerstandskraft untergrub? Die Rechte hat verflucht viel auf dem Sterbeshilf, aber in dem einen Schaute sie weiter als die Eintagspolitik, die wir zu Duzenden in Deutschland hatten und haben, wenn sie vom „Vernichtungswillen unserer Gegner“ sprach und um dessentwillen sie so scharf angegriffen wurde. Die Verständigung ist pleite, die Vernichtung ist unerbittlich und zwar eine so gründliche Vernichtung, daß das deutsche Volk wenigstens ein paar Generationen hindurch ein Bettlervolk bleibt und trotz dem Wasser und Brot hat.

Die ganzen Jahre hindurch hat unser Verband und unser Verbandsorgan der deutschen Metallarbeiterschaft gekämpft, wofür der Kurs geht, wenn die Feinde siegen, daß sie kein Erbarmen kennen, sondern rückwärtslos erdroffen werden. Wie oft sind wir deshalb angegriffen worden, selbst aus unserer Kollegentreisen. Dies furchtbare Ende hat bewiesen, wer weiter gesehen hat.

Wir mögen das „Friedensbuch“ aufschlagen, wo wir wollen, überall geht uns der furchtbarste Haß und die Vernichtungswille der Feinde entgegen.

Dozu noch diesen Schleim von „Gerechtigkeit und Ehre“ zu lesen, der auf fast jeder Seite dieses Schandbuches sich breit macht, eckelt einem an.

Im Deutschland ins Mark zu treffen, muß dessen Wirtschaft vernichtet oder wenigstens so unter Kuratel gestellt werden, daß ihr nicht nur eine, sondern tausend Fesse In angelegt werden. Einen solchen Plan konnte uns ein Volk machen, das Routine im Abschlagen von Köpfen und im Herstellen von Wirtschaften besitzt, nämlich das englische. Die wirtschaftlichen Bestimmungen treffen aber ganz besonders auch die deutsche Arbeiterschaft, ja, um diese handelt es sich auch, denn England kann auf die Dauer wohl eine Helotenarbeiterschaft, aber keine geistig hochstehende und strebende Arbeiterschaft gebrauchen. Deshalb muß die deutsche Arbeiterschaft materiell so empfindlich getroffen werden, daß ihr ganzes Denken nur auf künftigen Broterwerb gerichtet ist und für die geistige Verbesserung kein Platz mehr bleibt.

Deutschland verliert durch den Friedensvertrag rund 19 Millionen Einwohner, den fünften Teil seines Landes, 35 Prozent der Kohlen und 95 Prozent der Eisenerzförderung, rund 53 Prozent unserer Hochöfen würden verloren gehen, neun Fünftel unserer Schiffstonnage. Wir sind also gezwungen, Eisenerze in größtem Maße zu kaufen und die Entente wird sie nur zu teuren Preisen loslagern. Dadurch verteuert sich naturgemäß die Ware. Diese Ware aber müssen wir dann noch auf fremden Schiffen teuer verfrachten, so daß unsere Ware einen Preis erreicht, die kein Mensch mehr kaufen will. Die Folge davon ist, daß die Industrie zurückgeht, ruht, die Arbeiterschaft arbeitslos wird und gezwungen wird, auszuwandern, um als Kuli in fremden Ländern zu arbeiten.

Bis 1921 müssen wir 21 Milliarden in Gold bezahlt haben, bis 1926 40 Milliarden, dann noch einmal 40 Milliarden in Gold, was nach dem heutigen Papiergeldwerte ungefähr 500 Milliarden wären. Unser gesamtes Volksvermögen betrug 350 Milliarden. Da kann man sich ein Bild machen, wie wir in die Schuldknechtschaft kommen sollen. Nicht nur unser gesamtes Volksvermögen müssen wir verpfänden, sondern noch 150 Milliarden mehr.

Über das ist erst der kleinere Teil, das ist erst eine Abschlagszahlung. Wir sollen aufkommen für alle Schäden, welche Rußland später noch geltend machen kann. Wir sollen aufkommen für alle Schäden, welche in feindlichen Ländern entstanden sind, im Wasser, in der Luft oder auf dem Lande, für jede Person an seiner Gesundheit, Leben, Ehre oder Eigentum. Wir sollen alle Unterstüßungen und Pensionen bezahlen an Kriegsbeschädigte oder Hinterbliebene, die bis jetzt bezahlt sind oder noch bezahlt werden. Beschlagnahme wird das gesamte private Eigentum deutscher Reichsangehöriger in feindlichen Staaten zu Gunsten der Feinde. Deutschland verpflichtet sich, hierzu genaue Aufstellung zu geben — diese müssen von Zeit zu Zeit wiederholt werden. — Deutsch-

land verliert alle Besitzungen an Eisenbahnen, Kabeln etc. in feindlichen Staaten. Deutschland verliert seine Kolonien mit allen Anlagen. Deutschland muß 15 Jahre lang für alle Kosten der Besatzungsheere, die sich auf ganz Rheingebiet mit den Brückenköpfen Köln, Koblenz, Mainz erstrecken, aufkommen.

Deutschland soll jährlich 50 Prozent seiner chemischen Erzeugnisse, 40 Millionen Tonnen Kohlen, 200 000 Tonnen Schiffe liefern ohne Barzahlung. Deutsche Reichsangehörige haben keinen Anspruch auf Schaden, den sie im Ausland erlitten haben, gerichtliche Klagen werden ausgeschlossen. Patentrechte etc. sind sie verüßigt. Alle Schulden, die Rußland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei bei uns haben, werden rückgängig gemacht resp. verfallen zu Gunsten der Feinde. Nach 15 Jahren müssen wir die Bergwerksanlagen im Saar-gebiet in Gold zurücklaufen, können wir das nicht, verfallen sie mit dem ganzen Bezirk an Frankreich. Die abgetrennten Landesteile brauchen keinen Teil der deutschen Kriegskosten zu tragen. Dagegen muß Deutschland alle feierlichen Pensionen weiterzahlen, die errechneten Anteile der Arbeiter- und Beamtenversicherungsgelder an die feindlichen Länder ausliefern.

Alle zerstörten Schiffe, Fabriken, Häuser, Maschinen müssen ersetzt und neu aufgebaut werden. 400 000 Pferde, Milchkuhe, Schafe etc. müssen an Frankreich und Belgien zurückgegeben werden. Alles, was die Feinde bis 1926 am Bau von Häfen, Eisenbahn und Wasserwegen vorschreibt, muß ausgeführt werden. Kanäle müssen auf unsere Kosten erbaut werden. Donau, Oder, Elbe werden internationalisiert. Keinerlei Abgaben dürfen von Ausländern erhoben werden, die höher sind als die der Deutschen. Für deutsche Kriegsanleihen dürfen keine Zinsen gezahlt oder an Kriegserrechte oder Hinterbliebenen Renten gezahlt werden, bevor die Verpflichtungen gegen die Feinde erfüllt sind.

Alle Kriegsschiffe, Flugzeuge, Geschütze werden an das Ausland ausgeliefert, anderes Kriegsmaterial wird unter Aufsicht einer feindlichen Kommission vernichtet und unbrauchbar gemacht, nur einige Küstenschiffe bleiben uns erhalten. Keine Kriegsgüter dürfen nach Deutschland ausgeführt, keine in Deutschland fabriziert werden. Alle Geheimnisse über Sprengstoffe, Gase etc. müssen an die Feinde ausgeliefert werden. Keine Flugzeuge darf Deutschland mehr in Gebrauch haben oder anfertigen, dagegen haben feindliche Flugzeuge das Recht, ganz Deutschland zu überfliegen und zu landen, wo es ihnen beliebt.

Der Kaiser soll als Verbrecher ausgeliefert und alle Generale, die nach Meinung der Feinde sich Beteiligte in Feindesland haben zu Schulden kommen lassen, sollen vor einen feindlichen Gerichtshof gestellt werden. Deutschland soll durch den Vertrag anerkennen, daß es am Kriege die alleinige Schuld tragen und für allen Schaden aufzukommen habe. Es wird vorgeschrieben, wie das Zollwesen, Ein- und Ausfuhr geregelt werden soll. Einfuhr darf die Höhe von 1911 bis 13 nicht übersteigen.

Das ist der Frieden der „Gerechtigkeit und Freiheit“. Schlimmer als Bestien sind die Gegner. Machtlos, ehelos, wehrlos, zerstört, verflucht, das ist das Deutschland, das neue Deutschland. Aber wir wollen alles tragen, Not und Pein und Qual. Deutschland muß leben. Wir aber wissen, ein Spruch lebt noch, der schon einmal in Preußens Geschichte eine große Rolle gespielt: *Exortare aliquid nostris ex officio ulior.* Aus unseren Gebeinen muß einst ein Kaiser erstehen.

Christlich-soziale Forderungen zum Wiederaufbau der Gesellschaft

Die christlichen Arbeiter und Angestellten Kölns veranstalteten am 1. Mai in der Bürgergesellschaft eine Massenversammlung. Das Mitglied der Nationalversammlung Fr. Teusch und Bezirksleiter Kollege Schmitz sprachen in inhaltsvollen Referaten über den Wiederaufbau der Gesellschaft und des neuen Deutschland. Kollege Schmitz stellte in seinem grundsätzlichen Referat die sozialistische und christliche Weltanschauung und ihre Forderungen gegenüber. Wir lassen aus dem Referat bedeutungsvolle Gedanken folgen:

Die christlich-national gestimmte Arbeiterschaft muß sich dessen klar bewußt sein, daß

der Kampf gegen unsere Organisationen ein Kampf gegen unsere Weltanschauung ist.

In diesem Zusammenhang muß ich mit aller Schärfe eine Forderung herausstellen, an die das deutsche Volk allseitig unter Hingabe seines Herzblutes gekämpft hat: das Verlangen nach Freiheit der Gesinnung, Freiheit der Gesinnungsbetätigung, Freiheit des Organisationsrechts.

Wir haben unser Recht, uns in unseren christlichen Organisationen zusammenzuschließen, dem Unternehmertum gegenüber bis zum äußersten verteidigt. Große Summen an Abregulierungsunterstützung haben wir im Kampfe um die Organisationsfreiheit aufgewandt.

Es ist

ein Schandstück,

der niemals zu beseitigen ist, daß christliche Organisationen heute Abregulierungsunterstützung zahlen müssen an Kollegen, die ihrer Gesinnung und ihrer Organisationsstreue wegen von ihren eigenen sozialistischen Klassengenossen gemahregelt und unterdrückt werden. (Der Redner führt solche Terrorismusfälle aus Remscheid, Peggitz in Bayern und Mannheim an.)

Soll das Wort vom deutschen Freistaat nicht zur Farce, zur Karikatur werden, so müssen wir Freiheit des Organisationsrechts für jedermann fordern und verlangen, daß die Regierung die Freiheit der Gesinnungsbetätigung schützt und denjenigen exemplarisch straft, der diese Freiheit zu terrorisieren versucht.

Wir haben den Kampf unserer sozialistischen Klassengenossen abzuwehren; mehr noch: Wir müssen die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft in noch stärkerem Maße sammeln als bisher und sie befähigen im Kampfe um ihre Weltanschauung ihren Mann zu stehen. Es gilt, ein noch wirksameres Schutz- und Trugbildnis gegen Anebelung unserer Ueberzeugung, gegen Anechtung unserer Freiheit und zur Wahrung unserer Arbeiterinteressen zu schaffen.

Unsere Mitstreiter müssen bewußt und aus innerster Ueberzeugung christliche Gewerkschafter sein. Sie müssen den starken Glauben haben, daß

1. die Schaffung christlicher Gewerkschaften eine geschichtliche Notwendigkeit und daß
2. die Stärkung und der Sieg der Idee unserer Bewegung entscheidend ist für die kulturelle und bürgerliche Zukunft der Gesellschaft.

Der politische Radikalismus droht das Kulturleben unserer Nation zu vernichten, der wirtschaftliche Radikalismus breitet Volkselend und den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens befrachten lassen. Wir müssen uns fragen, was sind die Gründe für den heillosen Gegensatz im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager und was sind die

Ursachen für den politischen und wirtschaftlichen Radikalismus,

der in letzter Zeit die erschreckendsten Früchte gezeitigt hat.

Mag

der sozialdemokratische Theoretiker

an die Verwirklichung des Sozialismus durch revolutionären Umsturz oder durch allmähliche Entwicklung geglaubt haben; die große Masse des Proletariats war durch die ziellose Agitation in einen unbegrenzten Nachttaumel und Slegesrausch verfest. Das Aufsteigen der Massen rächt sich natürlich in dem Augenblick, wo die Masse glaubt, die Gewalt in Händen zu haben und durch die Gewalt das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben so formen zu können, wie der Duzendagitator es ihr vorgestellt hat. Als Beleg für die sinnlose Art, mit der die betroffenen Arbeitermassen „aufgeklärt“ worden sind, nur zwei Beispiele.

In der Mai-Zeitung der hannoverschen Sozialdemokratie vom Jahre 1904 lesen wir:

„Die Arbeiter werden einst auf eigenen Wagen fahren, mit eigenen Schiffen die Meere durchkreuzen, in Alpenregionen Klettern und Schönheitskuren durch die Gebirge des Südens, der Tropen schiffen. Freit ihr aber, wer euch solches bringen wird? Nun, einzig und allein der sozialdemokratische Zukunftstaat. Er ist die Erfüllung unserer kühnsten Träume. Was je eure Herzen ersehnt, was euer Erwartungshorizont in flammende Worte gekleidet, dann habt ihr das seltsame Evangelium des Menschenglücks auf Erden.“

Oder aber, wach' himmlisches Bild die Rheinische Zeitung (Nr. 186 — 1907) ihren Lesern vom Zukunftsstaate, vom sozialistischen Gesellschaftssystem entwirft:

„Wie würde eine solche Gesellschaft aussehen? Sie kann nur kommunistisch sein. Nichts soll käuflich sein, auch keine Arbeitskraft, kein Lohn wird gezahlt, sondern die Produktionsmittel sind Gemeingut der Gesellschaft und jeder arbeitet daran, nach Maßgabe seiner Kräfte und Fähigkeiten und freiwilliger Einordnung in die Kollektivarbeit, die in größtem Maße über die ganze Gesellschaft hin organisiert wird. Die Menge arbeitet, die einer leistet, hat nichts zu tun mit der Menge von Gütern, die er erzeugt. Wir können uns keine Gesellschaftsvorstellung vorstellen, in welcher die volle und freie Entwicklung der Persönlichkeit so gewährleistet wäre, wie in dieser, wo jeder selbst bestimmt, wie und wieviel er arbeitet, was und wieviel er genießen will.“

Und nun ist der Umsturz des alten politischen Systems gelungen.

Das Proletariat

hat hervorragenden Anteil an der politischen Macht. Die Beherrschung der politischen Macht in dessen genügt nicht. Die soziale Revolution muß auf dem Fuße folgen. Beseitigung des Kapitalismus, Uebernahme der Produktion durch das Proletariat war ehemals die Tagesforderung der sozialistischen Agitation. Heute wollen die bedürftigen Massen sehen. Sie wollen die Wechsel eingelöst haben, die man ihnen zu allen Zeiten ausgestellt hat. Der Sozialdemokrat aber, der nicht in Wollensdudschainen thront, weiß, daß die völlige Ueberführung der Produktion in den Besitz der Allgemeinheit ein furchtbarer Sprung ins Dunkle ist. Er weiß ferner, daß nach alten, sozialistischen Vorlesungen der sozialistische Zukunftsstaat sich nicht auf ein Land beschränken läßt, sondern daß eine sozialistische Produktionsweise, wenn sie dauernden Bestand haben soll, international auf dem ganzen Erdkreise

eingeführt werden muß. Der gegenwärtige Kampf im sozialdemokratischen Lager ist ein Ringen der Vernunft mit dem Aberglauben. Wird die sogenannte gemäßigtere Richtung Sieger bleiben, ihres „Sieges“ kann sie sich niemals freuen. In dem gegenwärtigen trostlosen politischen und wirtschaftlichen Ueberdachtsstadium trägt die Sozialdemokratie ein gerütteltes Maß von Schuld. Am Sozialismus und selber auch unserem Volke rächt sich, was die Sozialdemokratie selbst verschuldet hat.

Der Sieg der Idee unserer Bewegung ist entscheidend für die kulturelle und politische Zukunft der Gesellschaft.

Die deutsche Arbeiterbewegung steht vor der glanzvollsten Aufgabe, die je einer Arbeiterbewegung zugefallen ist. Mit dem Umsturz des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems ist die Vorherrschaft, die bisher das Kapital und insbesondere die Landwirte aus diesem System und damit auf das gesamte Volkswesen ausübte, auf den Arbeiterstand übergegangen. Der Arbeiterstand und damit die Arbeiterbewegung ist berufen, der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Kultur der Zukunft Richtung und Ziel zu geben. Davon allein schon erklärt sich, von welcher unabsehbarer Bedeutung für Volk und Gesellschaft die Frage ist: Welcher Geist die Arbeiterbewegung befeuert, wie seine Auswirkungen sind? Soll die Gesellschaft der Zukunft von Nächstenliebe, von Menschlichkeit, von Gerechtigkeit getragen sein, soll ihr sittlich-kulturelles Niveau sich vortrefflich abheben von der Kultur der Vergangenheit, so muß in erster Linie die Arbeiterbewegung von einer großen sittlichen Idee getragen sein.

Dem Sozialismus und damit auch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fehlt diese sittliche Idee ebenso, wie sie dem Kapitalismus in seiner abstrakten Auswirkung abgeht.

Der Sozialismus kennt nur Klassengemeinschaft und Klassensozialität, keine Volksgemeinschaft und Menschheitssozialität.

Die sozialistische Arbeiterbewegung ist Klassenbewegung, nicht Volks- und Menschheitsbewegung. Ihre Glaubensbekenntnis ist die materialistische Geschichtsauffassung, die Theorie vom Klassenkampf. Der Materialismus und mit ihm der Sozialismus scheidet die Menschheit in zwei feindliche Heerlager, in Ausbeuter und Ausgebeutete.

„Immer schroffer wird der Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt.“

So heißt's im Programm der deutschen Sozialdemokratie (1915). Die materialistische Lehre vom Klassenkampf kennt keinen Ausgleich, keine Ueberbrückung von Gegensätzen, keine Gleichwertung und Gleichberechtigung aller Menschen, keine Interessengemeinschaft der Stände, sie kennt nur ein Naturgesetz: Ewig unveröhnlicher Kampf der Gesellschaftsklassen um die Vorherrschaft, Unterdrückung einer Klasse durch die andere.

Dieser Kampf ist nach sozialistisch-materialistischer Lehre historisch und naturnotwendig. „Alle Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.“ — so sagt das von Marx und Engels 1848 herausgegebene kommunistische Manifest. „Die von den Lehren Marx beherrschte Sozialdemokratie... so wie wir in einer im Verlage des Vorwärts anlässlich des Uebertragungsrechts im Jahre 1905 erschienenen Broschüre — hat den Klassenkampf nicht gesehen und nicht erfinden. Sie hat ihn vielmehr als Tatsache der kapitalistischen Gesellschaft vorgefunden, sie hat sein Wesen untersucht, seine Gesetzmäßigkeit entbeugt, sie hat ihn über die Schwelle des menschlichen Bewusstseins erhoben.“

Der Klassenkampf wird also als Gesetzmäßigkeit, als unabänderliches Naturgesetz, als elementare Naturtatsache hingestellt. Es ist somit unbestreitbar, daß der Klassenkampf jeder sittlichen Grundlage entbehrt, er hat mit Menschenwürde, Gerechtigkeit und Nächstenliebe im Menschensein nichts zu tun, er kennt nur den krassesten Machtsstandpunkt, das „Recht des Stärkeren“.

In anschaulicher Weise hat einmal die sozialdemokratische Rheinische Zeitung das Wesen des Klassenkampfes charakterisiert. Sie schrieb unter der Ueberschrift: Ethischer Sozialismus u. a. in Nr. 206 — 1909:

„Bei einer solchen durch unabänderliche Naturgesetze bestimmten Entwicklung bleibt für eine ethische Begründung der Zukunft kein Raum, ebenso wenig wie die außerweltliche Natur für sittliche Urteile Raum läßt. Was sollte es z. B. heißen, wenn erklärt wird, es sei ethisch verwerflich, daß der Wolf das Schaf frisst? Vom Standpunkte des Wolfes ist das gerade so notwendig, wie es vom Standpunkte des Schafes empörend ist. Deshalb fühlt jeder, daß er sich durch die Anwendung ethischer Begriffe auf die Tierwelt lächerlich machen würde? Weil er weiß, daß hier ein unabweisbares Naturgesetz vorliegt, womit man sich einfach abzufinden hat.“

Mit den gleichen Augen betrachtet natürlich der Sozialismus auch den Kapitalismus.

„Die Ausbeutung — so folgert der Aufsatz weiter — ist auch keine willkürliche Institution, sondern eine unvermeidliche notwendige Tatsache, die dem Kapitalisten vortheilhaft, den Arbeitern eine Quelle des Leidens ist, aber an sich ebenso wenig sittlich wie unethisch zu nennen ist.“

Die Ausbeutung und Unterdrückung ist also weder sittlich noch unsittlich, es ist eine unabänderliche Tatsache, wer siegt, muß den Schwächeren knechten und — so folgert die sozialistische Theorie:

„Daher kann der Klassenkampf nur sein Ende finden durch den endgültigen Sieg des einen oder des anderen Teiles, entweder durch die völlige Unterwerfung des Proletariats oder aber dadurch, — daß das arbeitende Volk Inhaber der Staatsmacht und souveräner Herr über alle Produktionsmittel wird; mit anderen Worten: durch Sozialismus.“ (Der Klassenkampf im Ruhrgebiet 1905.)

Grundsätze der christlichen Weltanschauung.

Dem Sozialismus, der die Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus als naturnotwendig rechtfertigt, stellen wir die Grundzüge der christlichen Weltanschauung gegenüber. Gestützt auf die Lehren des Christentums wird der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse gedeutet als ein Kampf um Menschenwürde und Menschenrechte, als ein Kampf um Rechts-Gleichheit im öffentlichen Leben, im Produktionsprozeß und an der Arbeitsstelle. Als ein Kampf gegen Ausbeutung und Herabwürdigung des Arbeiters zum willenlosen Knecht der Maschine und des Weltjacks.

Die christliche Lebendanschauung

schärft dem Menschen und auch dem Arbeiter Verantwortungsgesühl der Gesamtheit gegenüber ein.

Die wilden Streiks der letzten Zeit, diese politischen Macht-demonstrationen der sozialistischen Arbeiterklasse schlugen der Pflicht der Verantwortung dem Mitmenschen gegenüber geradezu ins Gesicht. Das Volk hungert zum Gottserbarmen, es muß fröhren und warmer Nahrung entbehren einzig und allein deshalb, weil Minderheitsgruppen ihren politischen Machtgefühlen fröhnen wollen.

Mag eine gewisse Presse gegen Sozialismus und Bolschewismus mettern und donnern; unsere Metallarbeiter in Essen haben bewiesen, daß sie um ihre Verantwortung der Volksgemeinschaft gegenüber zu dokumentieren, vor dem Kampf von Mann gegen Mann nicht zurückschrecken.

Die christliche Weltanschauung prägt und auch Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein ein bei den wirtschaftlichen Kämpfen. Es zeugt nicht von Verantwortungsgesühl, wenn nächste Währungsstrafe eine 40stündige Arbeitswoche fordern! Wenn Hilfskräfte in Warschau sieben Stunden und noch weniger Arbeitszeit täglich fordern, dann hat der Bergmann, der Arbeiter der Schwerindustrie Recht, wenn er nur sechs Stunden arbeiten will. Nicht aber Verringerung der Produktion, sondern Steigerung der Produktion kann uns nur vor dem wirtschaftlichen Untergang retten. (Zustimmung.)

Zus Kulturprogramm des Sozialismus

gibt dem Herrenmenschen, der rücksichtslos Selbstsucht, der schrankenlosen Genußsucht und der Herrschbegierde Triumpfsrecht.

„Der antichristliche Zeitgeist ist auf dem besten Wege, das alte Sklaventum in neuer Form wieder herzustellen und er wird dabei von einer ungläubigen materialistischen Wissenschaft mächtig unterstützt. Die Ableitung des Menschen von der Materie muß das Herz des Menschen seinem Mitbruder gegenüber versteinern. Die zerriten ja den Stoff und vernichten ihn nach unserem Behagen, wie töten das Tier und schlachten es, je nach dem vore beschickten Bedürfnis. Wenn nun der Mensch nichts anderes ist, als eine Umgestaltung des Stoffes, als eine Fortentwicklung aus dem Pflanzen-



Kollegen! Kolleginnen!

Auch in dieser schwersten Zeit darf der Mut nicht sinken. Unentwegt muß auch jetzt gearbeitet werden / / /

für unsern

Christl. Metallarbeiterverband

zum Besten der Metallarbeiterschaft.



und Tierreich bis zum Menschenbasen, wo fängt dann die Grenze an, wo wir ihn nicht mehr als Pflanze zetteln und als Tier töten, sondern als Menschen achten und lieben müssen? Die Selbstsucht wird diese Grenzen, die ein fechter Humanismus ziehen will, bald durchbrechen und das neue Sklaventum unterstößt durch diesen gemeinen Materialismus droht grausamer und härter zu werden, als das alte war.“

Erst diese Darstellung, die uns der große Vorkämpfer unserer christlich-sozialen Ideen, Bischof Freiherr Emanuel von Ketteler, in seinen 1863 erschienenen Sozialen Schriften gibt, nicht vollinhaltlich zu? Der Materialismus nimmt dem Arbeiter das sittliche Recht, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung anzukämpfen. Er zeitigt aber auch auf der anderen Seite das Streben nach der Diktatur des Proletariats, nach Faustrecht und Willkürherrschaft, den Klassenkampf in schärferer Form.

Das Kulturprogramm des Christentums lehrt, daß der Mensch Gottes Ebenbild ist, daß der freie Wille des Menschen durch Sittengesetze in Bahnen gelenkt sein muß, die zu edler Befähigung, Gerechtigkeit und Nächstenliebe der Menschen untereinander führen und so die Gemeinschaft der Menschen erst lebenswert macht. „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Das ist das größte soziale Gebot aller Zeiten.

„Das Christentum hat den Geist der alten Sklaverei gebrochen. Das schien notwendig unumgänglich. Bis auf die letzte Spur war die Abnung von dem gemeinschaftlichen Ursprunge der Menschen, von der Bestimmung aller Menschen zu einem hohen Ziele, von einer allen Menschen eigenen hohen Menschewürde entsetzt worden. Der Grieche erkannte nur dem freien Griechen, der Römer nur dem römischen Bürger den Volkseid der Menschewürde zu. Der Sklave wurde dem Tiere ähnlich gehalten und nicht als Mensch behandelt. Das Christentum hat diesem ganzen großen Zeile des Menschenengeschlechts die Menschewürde wiedergegeben. — antichristliche Zeitgeist ist auf dem besten Wege, das alte Sklaventum in neuer Form wieder herzustellen.“ — Die ganze Kunst dieser Entwicklung liegt aber auf dem Arbeiterstand. Da ist es wieder die Aufgabe des Christentums, die Welt auch vor dieser neuen Form der Sklaverei zu befreien.“

So lehrt uns wiederum von Ketteler in seinen Sozialen Schriften.

Unser gewerkschaftlicher Kampf für Pflege des Familienlebens durch Arbeitszeitverkürzung, um Lohnverbesserung zur besseren Ernährung und für gute Wohnungen, Schutz des Lebens und der Gesundheit, Grundbildung körperlicher und geistiger Pflege der Kinder — alles das sind nicht nur gewerkschaftliche Ziele unserer Bewegung, sondern auch wahrhaft christliche Gebote. Und das Kulturleben der Zukunft muß aufgebaut werden auf der Grundlage der Sittengesetze, die das Christentum der leidenden Menschheit lehrt: Nächstenliebe, Menschewürde und Gerechtigkeit, Volksgemeinschaft und Menschheitssozialität.

Will und muß daher die Arbeiterbewegung Kulturfaktor der Zukunft werden, so muß sie sich abweisen vom Materialismus, vom Klassenkampf und vom Sozialismus. Christlich-soziale Lebensgrundsätze, Volks- und Menschheitssozialität müssen zu Programmpunkten, zu Fundamentgrundlagen der Arbeiterbewegung werden. Diese zur Anerkennung zu bringen — das ist das große westernernde Ziel, der lebendige Kampf unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Das bayerische Kollektiv-Abkommen

Zwischen dem Verband Bayerischer Metallindustrieller, vertreten durch seinen Vorstand einerseits und dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerbeverein Deutscher Metallarbeiter v. D. andererseits, die letzteren vertreten durch ihre bayerischen Bezirksleitungen, wird nachstehendes Abkommen geschlossen:

I. Arbeitszeit.

§ 1. Die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit und der täglichen zulässigen Arbeitsdauer richtet sich nach den jeweils gültigen gesetzlichen Vorschriften und nach dem zwischen den Organisationen getroffenen Vereinbarungen.

Für die Dauer dieses Abkommens gilt für Bayern die 44stündige wöchentliche Arbeitszeit, welche ab 7. April 1919 durchzuführen ist.

§ 2. Ausnahmen sind im Benehmen mit dem Arbeiterausschuß (Betriebsrat) nur gestattet, wenn sie zur Aufrechterhaltung des regelmäßigen Betriebes unbedingt notwendig sind. In solchen Fällen ist ein nach Art. 2 festzusetzender Zuschlag zum Lohn zu zahlen. Für kontinuierliche Betriebe und für die Betriebe mit Saisonarbeit sind die Verhältnisse in beiderseitigem Benehmen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen zu regeln.

§ 3. Die Arbeitspausen (Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen) gehören nicht zur Arbeitszeit und bleiben bei der Lohnberechnung unberücksichtigt. Bezahlt werden nur die geleisteten Arbeitsstunden vorbehaltlich anderweitiger behördlicher Anordnung.

§ 4. Wegen Mangel an Arbeit dürfen Entlassungen, abgesehen von Einzelfällen in dem Betriebe oder in einzelnen Abteilungen erst dann vorgenommen werden, wenn die reine Arbeitszeit bereits auf die unterste Grenze von 30 Stunden in der Woche herabgesetzt wurde und trotzdem nicht genügend Beschäftigung vorhanden ist.

II. Überzeitarbeit.

§ 5. Für die ersten 2 Stunden über die normale tägliche Arbeitszeit werden 25 Proz., für alle übrigen Stunden 50 Proz. Zuschlag auf den Stundenlohn gewährt; für die Sonn- und Feiertagsarbeit wird 100 Proz. Zuschlag bezahlt.

Für Nachtschicht und Nachschichten werden in der Zeit von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr 25 Proz. Zuschlag auf den Stundenlohn vergütet. In kontinuierlichen Betrieben gelten die bestehenden oder besonders zu vereinbarenden Verhältnisse.

III. Lohnzahlung.

§ 6. Der bisherige Lohn ist auf die in § 1 festgesetzten Arbeitsstunden bereitet in der Lohnabelle des § 7 anzurechnen.

Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich an einem Werktage, am Samstag jedoch nur mit Zustimmung des Arbeiterausschusses. Die Auszahlung soll bis zum Schluß der Arbeitszeit erledigt sein. Auf den Lohnbätten muß die Zahl der Lohn- und Akkordstunden, der Stundenlohn und der Akkordverdienst ersichtlich sein.

IV. Einstellungsöhne.

§ 7. Zum Zwecke möglichst einheitlicher Regelung der Einstellungsöhne werden verschiedene Ortsklassen gebildet: Klasse I München, Klasse II Augsburg und Nürnberg, Klasse III die übrigen Orte Bayerns.

Die Einstellungsöhne betragen in

	Klasse I	Klasse II	Klasse III
für Facharbeiter im 1. Jahre nach beendet. Lehre	170—200	160—190	150—180
für Facharbeiter bis 21 Jahre	190—220	180—210	170—200
„ „ „ über 21 Jahre	210—240	200—230	190—220
„ angeleitete Arbeiter 16—18 Jahre	150—180	140—170	130—160
„ „ „ bis 21 Jahre	170—200	160—190	150—180
„ „ „ über 21 Jahre	180—220	170—210	160—200
„ ungeleitete Arbeiter 16—18 Jahre	150—180	140—170	130—160
„ „ „ bis 21 Jahre	160—190	150—180	140—170
„ „ „ über 21 Jahre	180—210	170—200	160—190
„ angeleitete Arbeiterinnen 16—18 J.	90—100	85—95	80—90
„ „ „ bis 21 J.	100—120	95—115	95—110
„ „ „ über 21 J.	120—140	115—135	110—130
„ ungeleitete Arbeiterinnen 16—18 J.	90—100	85—95	80—90
„ „ „ bis 21 J.	100—110	95—105	90—100
„ „ „ über 21 J.	110—130	105—125	100—120

Ungeleitete Arbeiter über 21 Jahre sollen, wenn sie nur im Lohn mit Hof- und Transportarbeiten beschäftigt werden, um 10 Prozent höhere Sätze erhalten.

Die Bezahlung der Arbeitskräfte unter 16 Jahren mit Ausnahme der Lehrlinge bleibt der Vereinbarung überlassen; ergeben sich dabei Schwierigkeiten, dann entscheiden die Schlichtungsstellen (§ 21).

Alle Zuschläge und Zulagen mit Ausnahme der Kinderzulagen sind in die Einstellungsöhne eingerechnet.

Die Lohnsätze gelten für Arbeiter mit normaler, körperlicher, geistiger und technischer Leistungsfähigkeit.

§ 8. Die Verdienste derjenigen geleiteten Arbeiter und bereinigten Maschinenarbeiter, welche nur im Stundenlohn arbeiten, sollen um 15 Proz. höher sein als die einschlägigen Einstellungsöhne.

V. Akkordarbeit.

§ 9. Bei Uebernahme eines Akkordes ist der Akkordpreis vor Beginn der Arbeit zu vereinbaren.

Den Arbeitern ist ein Akkordzettel auszuhandigen, auf welchem Preis und Stückzahl zu verzeichnen sind. Der Akkordzettel kann durch ein Lohnblatt ersetzt werden.

Bei wiederkehrenden Arbeiten stab die Akkordpreise in ein Akkordverzeichnis einzutragen, in das jeder Arbeiter Einsicht nehmen kann.

§ 10. Akkorde, welche ausprobiert und festgelegt sind, sollen bei gleichbleibender Konjunktur und gleichbleibender Arbeitsleistung nicht geändert werden.

Sie dürfen also bei gleichbleibender Konjunktur nur gekürzt werden, wenn technische Verbesserungen, Konstruktionsänderungen, Änderung der Herstellungszahl eintreten.

§ 11. Bei Änderung der Konjunktur dürfen Akkorde nur nach gegenseitiger Vereinbarung geändert werden.

§ 12. Entfallen über die Höhe eines Akkordpreises Streitigkeiten, dann sind die Arbeitnehmer verpflichtet, eine Verstatkommission von höchstens 3 Arbeitern der gleichen Beschäftigungsart, von welchem zunächst einer dem Arbeiterausschuß angehört, zu bestellen, die mit Vertretern der Betriebsleitung über die endgültige Festlegung der streitigen Akkordpreise verhandelt.

Wird auch dann eine Einigung nicht erzielt, dann tritt die Berechnung nach § 14 ein; findet letztere nicht statt, dann wird die Arbeit nach dem Durchschnitts-Akkordverdienst bezahlt.

§ 13. Die bestehenden Akkorde werden im Verhältnis der im § 1 festgesetzten Arbeitszeitverlängerung umgerechnet. Alle Zuschläge und Zulagen mit Ausnahme der Kinderzulagen sind dem Akkord zuzuschlagen.

Ein Minderverdienst darf nicht eintreten.

§ 14. Bei Berechnung eines neuen Akkordpreises Streitigkeiten, Einstellungslohn eines volljährigen Arbeiters zugänglich 33 1/2 Proz.

§ 15. Werden Akkordarbeiter auf Anordnung der Betriebsleitung längere Zeit im Stundenlohn beschäftigt, dann sollen sie einen Stundenverdienst erreichen, welcher im Mittel 15 Prozent unter ihrem Durchschnitts-Akkordverdienst des letzten Vierteljahres bleibt.

VI. Lehrlingswesen.

§ 16. Die Lehrverträge werden zwischen dem Erziehungsberechtigten und dem Betriebsinhaber nach dem Musterlehrvertrag des Gewerbeverbandes Deutscher Metallindustrieller unter Anlehnung an die gesetzlichen Bestimmungen abgeschlossen.

§ 17. Die Höchstdauer der Lehrzeit darf im allgemeinen 3 Jahre nicht überschreiten. In jenen Betrieben, in welchen eine längere Lehrzeit oder Lehrverhältnisse mit besonderer Fortausbildung bestehen, ist auch eine Lehrzeit bis zu 4 Jahren zulässig. Im 4. Lehrjahr werden dem Lehrling bei Verwendung zu Akkordarbeit 75 Proz. des Akkordes des Sollverdienstes gewährt.

§ 18. Die Vergütung für die Lehrjahre beträgt bei Neuannahme von Lehrlingen pro Arbeitsstunde in Pfennig

	bei 4jähriger Lehre	bei 5jähriger Lehre
im 1. Lehrjahr	20	30
im 2. "	30	30
im 3. "	45	50
im 4. "	60	

Durch Schulbesuch veräumelte Arbeitsstunden werden als Arbeitsstunden vergütet.

VII. Urlaub.

§ 19. Urlaub erhält jeder Arbeitnehmers, welcher mindestens 2 Jahre bei der Firma ununterbrochen beschäftigt ist und zwar bei einer Beschäftigungsdauer

von 2 Jahren	3 Tage
" 4 "	4 "
" 6 "	5 "
" 8 "	6 "
" 10 "	7 "
" 12 "	8 "
" 14 "	9 "
" 16 " und darüber	10 "

Die Dienstzeit im Betrieb wird vom vollendeten 20. Lebensjahre ab gerechnet.

Für den Urlaub wird den Stundenlöhnen der Stundenlohn, den Arbeiterarbeiten pro Tag der zehnfache Stundenlohn vergütet.

§ 20. Krankheit, militärische Dienstleistung, Streik und Aussperrung gelten nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

VIII. Schlichtungswesen.

§ 21. Für die Erzielung von Streitigkeiten aus gegenwärtigen Abkommen ist die zwischen den Vertragsparteien gesondert getroffene Vereinbarung über das Schlichtungswesen maßgebend.

Für diese Streitigkeiten gehören auch diejenigen, welche zwischen den Arbeitern über die Organisationszugehörigkeit entstehen.

IX. Arbeitsnachweis.

§ 22. Die Arbeitsnachweise des V. D. M. werden aufgestellt. Welche Vertragsparteien werden die Einrichtung einer Fachabteilung für die Metallindustrie beim öffentlichen Nachweis anstreben.

X. Arbeiterausschüsse (Betriebsräte).

§ 23. Die Einrichtung der Arbeiterausschüsse und ihre Zuständigkeit richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 24. Die Wahl erfolgt nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften.

§ 25. Über alle Anordnungen der Betriebsleitung, die Arbeiterangelegenheiten betreffen, ist vor ihrem Inkrafttreten mit dem Arbeiterausschuss eine Verständigung herbeizuführen.

Die Betriebsleitung ist verpflichtet, den Arbeiterausschuss jede hierzu sachdienliche Auskunft zu geben.

§ 26. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dürfen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden. Sie üben ihre Tätigkeit während der Arbeitszeit aus, unter Weitergewährung ihres Verdienstes und Erstattung sonstiger notwendiger Auslagen, die im Einverständnis mit dem Arbeitgeber erfolgen.

§ 27. Die Entlassung eines Arbeiterausschussmitgliedes kann nur durch den Leiter des Betriebes bzw. dessen Stellvertreter ausgesprochen werden; doch steht dem Arbeiterausschussmitglied die Berufung an die Schlichtungsstelle (§ 21) zu.

§ 28. Die Arbeiterausschüsse haben sich bei ihrer Tätigkeit größter Unparteilichkeit zu befleißigen.

XI. Allgemeines.

§ 29. Jedem Arbeiter wird das notwendige Werkzeug kostenlos geliefert.

Wird mit Zustimmung der Firma eigenes Werkzeug benutzt, so ist dafür eine Entschädigung zu zahlen, die der freien Vereinbarung unterliegt.

§ 30. Für genügende Reinigung, Lüftung und Beheizung der Arbeitsräume hat der Arbeitgeber Sorge zu tragen; desgleichen sind gut verschleißbare Kleiderablagen, ausreichende Wascheinrichtung und Klosets zu beschaffen.

§ 31. Gegenüber den von der Gewerkschaft der Firma als ihre Vertrauensmänner bezeichneten Arbeitern, darf der Umstand dieser Vertrauensmänner-Eigenschaft keinen Entlassungsgrund bilden; Beschwerde-Inzang in diesen Fällen sind die vereinbarten Schlichtungsstellen (§ 21).

§ 32. Sonderabmachungen, die dem Sinne des Abkommens widersprechen, oder die eine Verschlechterung darstellen, sind unzulässig. Werden in einem Betrieb bessere Verhältnisse als wie sie durch dieses Abkommen festgelegt werden, so bleiben diese bestehen.

Die für Betriebsbetriebe bereits bestehenden Tarifverträge dürfen nach ihrem ordnungsmäßigen Ablauf nicht mehr erneuert werden.

XII. Vertragsdauer.

§ 33. Dieses Abkommen tritt mit dem 7. April 1919 in Kraft und gilt bis auf weiteres mit zweimonatlicher Kündigung.

Längstens acht Tage vor Ablauf der Kündigung sollen die Verhandlungen über Fortsetzung und Erneuerung des Vertrages zum Abschluss gebracht sein.

Nürnberg, 11. April 1919.

Das vorstehende Abkommen bedarf noch einiger Erklärungen. Des bisherige Mangel einer vertraglichen Regelung hat in mancher Hinsicht ungerechte Verhältnisse geschaffen.

Dieser Mangel drohte nun in steigendem Maße zu wilden Bewegungen und Rufen auszuarten. Um einigermaßen stabile Verhältnisse zu bekommen, mußte eine brauchbare Grundlage für die Vertragsregelung gefunden werden, die nicht schon am anderen Tage überholt war und schließlich über den Haufen geworfen wurde.

Zwei Tage, nachdem in München die verflozene bayerische Kätereipublik ausgerufen wurde, am 7. April, fanden die zum Vertragsabschluss führenden Verhandlungen in Nürnberg zwischen den Vertretern der drei Metallarbeiter-Verbände und dem Verbande bayerischer Metallindustrieller statt.

Von einer in jeder Hinsicht gründlichen Verzierung konnte unter der Einwirkung der politischen Wirren keine Rede sein, wie es überhaupt unmöglich ist, einen brauchbaren Maßstab für die richtige Lohnhöhe zu finden. Die Lohnsätze des Abkommens sind gegenüber den Löhnen der Vorkriegszeit im Durchschnitt etwa dreimal so hoch.

Der scheinbar sehr große materielle Erfolg wird durch die Geldentwertung sehr wesentlich abgeschwächt.

Wiel wichtiger als die materielle Verbesserung ist die grundsätzliche Seite des Vertragsabchlusses. Das Mitbestimmungsrecht, die vertragliche Gleichberechtigung, hat sich durchgesetzt. Die gewerkschaftliche Berufsorganisation ist als Normal- und Vertretung der Kollegen anerkannt. Damit erwächst für die organisierte Arbeiterschaft eine schwere Verantwortung.

Die Zeit muß nach den bitteren Erfahrungen endlich vorüber sein, wo hergelaufene Elemente wie Sontheimer (München) und Konforten bei der Arbeiterschaft noch Anhang finden können. Durch die radikalen Extratouren wird niemand schwerer getroffen als die Arbeiterschaft selbst. Auf dem Wege der Münchener Radikalkur wäre unsere bayerische Industrie sehr schnell in Grund und Boden regiert. Die Arbeiterschaft würde nur zu bald erfahren, daß sie sich von verwerflichen Elementen in den Ruin führen ließ. Auf keinen Fall darf sich die Arbeiterschaft ihre Zukunft von politischen Strebern und Verbrechern versauen lassen. Nur auf dem Wege gewerk-

schaftlicher Arbeit können die ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die mit dem verlorenen Krieg und der Revolution über uns hereingebrochen sind, überwunden werden.

Leider kann von einem ehrlichen Zusammenarbeiten innerhalb der Metallarbeiter-Verbände noch nicht allenthalben gesprochen werden. Die Geschäftsführung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ging in Augsburg und Schweinfurt gesondert vor und verfuhr die nicht sozialdemokratischen Verbände an diesen Orten auszuscheiden. Dieser Versuch ist schon von vornherein zwecklos, weil das durch die Verhältnisse mit dem Industriellen-Verband abgeschlossene Abkommen für ganz Bayern Geltung hat. Die Augsburger Geschäftsführung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat bei ihrem Sondervertrag den ihr anscheinend unabweisbaren zweiten Absatz des Paragraphen 21 im Abkommen unterstrichen. Wenn allerdings nach dieser Methode gearbeitet würde, dann hätten wir in der ganzen Welt endlosen Streikzustand. Es erübrigt sich die Feststellung, daß eine derartige Unterschlagung unzulässig ist und keine Geltung haben kann.

Die Anerkennung des Kollektiv-Abkommens wird auch von außerhalb des Industriellen-Verbandes stehenden Firmen, sowie vom Kleingewerbe durch die Metallarbeiter-Verbände gefordert. Sofern noch andere Verträge bestehen, werden dieselben bei Erneuerung mit dem Kollektiv-Abkommen in Einklang gebracht.

Der leider noch vielfach vorkommenden Ausbeutung der Lehrlinge ist durch das Abkommen ein Riegel vorgeschoben. Die unserem Wunsche entsprechende Regelung des Lehrlingswesens wurde im Abkommen allerdings nicht festgelegt. Es muß deshalb in jedem Fall von den Erziehungsberufen der Lehrlinge die Antragstellung auf Anwendung des Abkommens erfolgen. Formulare zur Antragstellung sind in den Verbandsstellen zu haben.

Alles in allem stellt das Abkommen einen wesentlichen Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit dar. Die künftige Metallarbeiter-Erfolge vermag es jedoch nur dann zu sichern, wenn das Abkommen getragen wird von der starken Säule der Organisation. Ohne diese ist auch künftig alles umsonst. Unsere Aufgabe muß sein, unsere Reihen im Verbände klären zu halten.

Streiflichter

Die Gelben regen sich wieder

„Sechs Monate war der Frosch so krank, jetzt quakt er wieder“ — genau so geht es mit der gelben Bewegung. Sie hatten die Sprache verloren, als die Gewerkschaften sich mit Recht weigerten, die Gelben als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen und es auch durchsetzten. Die Frühlingssonne hat anscheinend auf die gelbe Mumie etwas gewirkt und sie fühlte wieder „neue Kräfte“ in sich, die sie natürlich dazu verwendet, um den verhassten Gewerkschaften einen Ekelsturz zu versehen. Der „Arbeiterbund“, das umgetaufte Organ der gelben Bewegung, hegt die Forderung der Metallarbeitergewerkschaft auf und glaubt dabei dem christlichen Metallarbeiterverband eins am Zeuge führen zu können.

Weil die Forderung der Metallarbeiter im Kampf um elementarste Arbeiterrechte gegen die Hartnäckigkeit der Besorgenen, denen die Vergewaltigung der noch den Klauen stellten, durch die Not gezwungen, nachdem alle friedlichen Mittel umsonst versucht waren, die Brocken niederwarfen, deshalb stellt das gelbe Organ sie mit Spartakisten usw. auf eine Stufe. Wie wollen uns mit dem „Arbeiterbund“ nicht über Arbeiterrechte streiten, denn wer, wie die gelbe Bewegung es tat, als einziges Recht der Arbeiter es anfang, einen krummen Budeh vor den Unternehmern zu machen und dem wehmütig die Hand um ein Almosen aufzumachen, der sollte den Mund halten von Arbeiterrechten. Und was den Streik anbelangt! Wer stellte die lautesten Schreier bei den Spartakuspuffen? Die gelbe Bewegung. Wessen Scharen waren die Haupttruppe bei den Streiks nach der Revolution? Die Gelben! Duzende Beispiele können unsere Kollegen aufzählen aus ihren Betrieben, wo gerade diejenigen, die während des Krieges nicht genug in gelber Speckleckerlei machten und nach jeder Seite hin laubdelken, nach der Revolution bei Spartakus guten Unterschlupf fanden und mit die „ersten Anführer“ bei den Puffen wurden. Uns war das ja längst kein Rätsel. Wir konnten doch seit Jahren diese Blutspalten: Augen gelb, Innen knallrot. Das sind die Früchte der ach, mit so vielem Unternehmerrgeld gezüchteten gelben Bewegung. Und diese Leute reihen den Mund auf, wenn eine Arbeiterkategorie, der auch jetzt noch von Unternehmenseite ihr Recht beschnitten wird, ihr Recht verteidigt. Merkt euch das, Kollegen!

Wie der Friedensvertrag wirklich ist,

wissen die wenigsten. Statt der vielen Plakate, die jetzt Häuser, Wände und Bäume „gratis und franko“ zieren, sollte die Regierung lieber diesen Schandvertrag in kurzen Auszügen millionenweise ins Volk schleudern, damit jeder weiß, woran er ist. Nicht jedem ist es gegeben, schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“, sich durch die vielen hundert Paragraphen und zweihundert Seiten des Vertrages hindurchzuarbeiten, mit dem Deutschland erdroffelt werden soll. Für Leute, die gleichwohl seinen Inhalt begreifen wollen, seien wir diesen mit ganz wenigen Worten hierher. Unsere Zusammenfassung ergibt zwar nicht den Inhalt, aber den Sinn des Entente-Entwurfes:

- Artikel 1: Der Angeklagte wird geköpft.
- Artikel 2: Hierauf wird der Angeklagte gehängt.
- Artikel 3: Hierauf wird der Angeklagte ertränkt.
- Artikel 4 in derselben Weise ... verbrannt, vergiftet, gerädert, erdolcht, erschossen und erstickt.
- Artikel 11: Der Angeklagte ist verpflichtet, der gesamten Prozedur der Artikel 1-10 lebendig beizuwohnen.
- Artikel 12: Nach Beendigung des Köpfens, Hängens, Ertränkens, Verbrennens usw. (Artikel 1-10) hat der Angeklagte noch 20 Jahre unentgeltlich für die Entente zu arbeiten. Lebensmittel erhält er in dieser Zeit nicht.

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Das ist der Friede „der Gerechtigkeit und Versöhnung“, mit dem dem deutschen Volke von den Feinden Honig ums Maul und Dred hinein-geschmiert haben.

Gegen die Erdröfelung

Die Eisenindustriellen haben gegen die tödlichen Preisbedingungen der Feinde einen scharfen Protest erlassen, der mit dem Beifall der deutschen Arbeiterschaft vollständig über einstimmte.

In der entscheidenden Stunde, in der sich die Feinde anmaßen, über das deutsche Volk Gericht zu sitzen, erheben die deutschen Eisenindustriellen den lebhaftesten Einspruch gegen die ungeheuerlichen Preisbedingungen. Unsere in Jahrzehnten mühsam aufgebauete Wirtschaft, die ehrliche deutsche Arbeit innerhalb und jenseits unserer Grenzen, kurz in der ganzen Welt, wo sich deutscher Fleiß regt, darf nicht ausgeklügelt werden. Die deutsche Eisenindustrie steht vor einer Katastrophe. Eine mit Weiß und Rind nach vielen Millionen zählende Arbeiterschaft verfällt dem grausamsten Elend. Es lag-Bohringen, das alte deutsche Land mit seinen reichen Eisenerzschätzen und gewaltigen Eisenwerken, das Saarlandsgebiet, das Süddeutschland versorgt, Ober-Ober-Ober wertvolle Kohle und Industrie, das alles soll uns geraubt werden, das rege werttätige Volk des Innerschweidensgebietes soll auf lange Jahre in schuldige Fronarbeit gehen. Die deutsche Eisenindustrie würde die Hälfte der Werkantagen, drei Viertel des Eisenerzvorkommens und zwei Drittel des Rohlenbestandes verlieren. Das bedeutet schnellstes Umschlagreifen der Arbeitslosigkeit und des Elends. Gegen dieses Verhängnis wehren sich die deutschen Eisenindustriellen. Sie erwarten von der mit ihnen in Arbeitsgemeinschaft verbundenen Arbeiterschaft einmütige Unterstützung in diesem Widerstand. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller als Vertreter der deutschen Eisenindustrie richtet daher an die deutsche Reichsregierung die dringende Aufforderung, fest zu bleiben und nur einem Rechtsstreben zuzustimmen, der dem deutschen Volk die Lebensmöglichkeit gewährt.

Wenn die deutsche Industrie zu Grunde geht, steht die Arbeiterschaft vor dem Bettelstab oder gar vor dem Hungertod. In dieser schweren Stunde müssen Arbeiterschaft und Unternehmertum einträchtig zusammenstehen und arbeiten, denn für beide handelt es sich um Leben oder Tod.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. Juni der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Juni fällig.

Die Jugendabteilung des christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Königsberg, (Ostpreußen), erhält die Genehmigung den Jugendbeitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Die Ortsverwaltung Bromberg erhält die Genehmigung zur Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. Sektion der Elektriker um 20 Pf.

Nichtbefolgung obiger Genehmigungen zieht den Verlust statutarischer Rechte nach sich.

Aus dem Verbandsgebiet

Ein Gewerkschaftspionier.

Duisburg. Einer der bewährten alten Kämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung feierte am 26. Mai in Duisburg seinen 60. Geburtstag. Nicht einer von denen ist es, welche an hervorragenden Stelle tätig sind oder gar in Berlin oder Weimar sitzen, nein, mitten unter den Arbeitern, wo er sein Leben verbrachte, für die er sein ganzes Wissen und Können eingesetzt hat, wirkt er auch heute noch. Es ist unser Freund und Kollege Hans K. von den alten Gewerkschaftlern kennt ihn nicht? Wohl in tausend Bodenversammlungen und ebenso oft auf der Arbeitsstelle selbst hat er in kräftigen, bescheiden Worten von der Notwendigkeit der Organisation geredet. Die Organisation war ihm nicht fremd. Im alten Formerscher Verein hatte er es gelernt, dass war seine Schule gewesen, und als es in seinem und seiner Kollegen Sinn in den 90er Jahren keimte von der neuen, modernen christlichen Arbeiterbewegung, da schlug er mit wenigen Worten die erste Weisheit, da gab's für ihn keine Anh mehr und Nach. Schier unermüdlich war er auf den Beinen, Flugblätter verteilend, Versammlungen abhaltend und den zerstreut wohnenden Mitgliedern Marken und Zeitungen ins Haus tragend. In Sturm und Wetter ging es auf dem Fahrrad von Wube zu Wube, um das Samenorn der jungen, christlichen Arbeiterbewegung zu legen. So eine einfache Arbeit war es damals nicht, das Flugblatt verteilen, denn das Auge des Feindes und des Unternehmers wachte zu der Zeit noch scharf über ein solches Tun, und heute erzählt der alte unverwundliche Kämpfer in Freundeskreisen noch gern von den „Schneidpfeilen“, die er dem einen und dem anderen geschlagen hat bei dieser Gelegenheit, und so ganz ohne Groll erzählt er es, ohne auch nur im geringsten denen, die ihm damals Steine in den Weg legen wollten, etwas nachzutragen. Kein Wunder, daß die Saat so prächtig aufgegangen ist. Wo Ueberzeugung, Liebe und Ausdauer so gearbeitet haben, da mußte der Glaube an die Organisation sich fest eingraben. Ueberzeugung und Liebe zur Sache hat er sich bewahrt bis auf den heutigen Tag und als am 9. November 1918 es in allen Ecken des Staats- und Wirtschaftslebens krachte, da flammte der alte Kampfesgeist wieder auf und zwanzig Jahre jünger wünschte er zu sein, um noch einmal mitkämpfen zu können für Arbeiterschaft und Christentum.

Während seine Körperkraft von harter Arbeit und unermüdlicher Tätigkeit zu früh verbraucht wurde, blieb sein Geist gesund bis auf den heutigen Tag. Wir aber wollen den Geist des alten Kämpfers in uns aufnehmen und vollenden, was er angefangen hat. Ihm, dem kein Opfer zu groß war, wenn es sich um die Bewirtlichung der gewerkschaftlichen Gedanken handelte im Sinne der christlichen Arbeiterbewegung, wollen wir nachsehen. In Liebe und Dankbarkeit werden heute Tausende des Freundes und Kollegen gedenken, und mit den Gedanken an ihn werden ebenjoviele Gebete zum Allerhöchsten emporsteigen, damit er ihn und noch recht lange erhalte.

Mülheim-Nuhr hat sich gleich nach der Revolution im November zu einer Spartakistenzentrale entwickelt und ist in wenig rühmlicher Weise weit und breit bekanntgeworden. Da nun die letzte Kraftprobe dieser Weltbeglückter hier elend zusammengebrochen ist und die Mülheimer Arbeiter gegenwärtig am schwersten unter den Folgen spartakistischer Methoden zu leiden haben, so dürfte es zur Klärung der Meinungen über Spartakismus und Bolschewismus beitragen, wenn wir in möglichst objektiver Reihenfolge die wichtigsten Vorkommnisse, soweit sie für die Arbeiter von besonderem Interesse sind, hier folgen lassen.

Zunächst einige Bemerkungen über die Verhältnisse vor der Revolution. Vor dem Kriege war in Mülheim nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeiter organisiert. Die große Masse zeigte höchstens Interesse für allen möglichen Klimbim — die an „Surrealistik“ grenzende Art der Mülheimer war in der Nachbarschaft hinreichend bekannt. Während der

Stilles wurde Mühlheim eines der Hauptzentren der Rüstungsindustrie. Arbeitskräfte aus allen Himmelsrichtungen wurden hier zusammengezogen. Die Maschinenfabrik Thyssen steigerte ihre Arbeiterzahl von etwa 5000 auf annähernd 25 000. Auch andere hiesige Betriebe beschäftigten teils die doppelte und dreifache Zahl von Arbeitern. Arbeiterinnen wurden in großer Zahl mit herangezogen, während man früher die weibliche Arbeitskraft a. B. in der Metallindustrie fast gar nicht kannte. Es braucht nicht näher begründet zu werden, daß diese ungeheure Entwicklung das moralische Empfinden und Denken der Arbeiter in der denkbar ungünstigsten Weise beeinflusst haben. Man braucht nur an die teils unhaltbaren Wohnungsverhältnisse, Nachtarbeit für weibliche und jugendliche Arbeiter zu erinnern. Infolge dieser Einflüsse gewann eine gewisse radikale Stimmung allmählich Oberhand. Während aber in den Nachbarorten Duisburg, Oberhausen usw. die Arbeiter sich in großer Zahl den gewerkschaftlichen Organisationen anschloß, um dadurch ihren berechtigten Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse Geltung zu verschaffen, machte sich hier ein gewisser Putzschismus bemerkbar. Es kam zu mehreren wilden Streiks. Begünstigt wurde dieses in erster Linie durch die Direktion der Maschinenfabrik Thyssen und teils auch der übrigen Unternehmer, die erst dann Entgegenkommen zeigten, wenn die „Broden hingeworfen“ wurden. In Verhandlungen mit den berufenen Vertretern der Arbeitergesellschaft suchte man vorbeizukommen und versand es nicht, zur rechten Zeit einzulernen. Teils wurde sehr viel Raffinesse darauf verwandt, den Gewerkschaften Schwierigkeiten zu machen und eine Organisation der Arbeiter zu hindern. Das es doch in Mühlheim einen Direktor eines großen Unternehmens, der erst in den letzten Wochen vor der Revolution zum ersten Male mit Arbeiterauschüßmitgliedern seines Werkes persönlich sich zu einer Besprechung herbeiließ. Andererseits war die vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bestellte Taktik zu sehr geeignet, der Neigung zum Putzschismus Vorschub zu leisten.

Es ist daher durchaus begreiflich, daß es während der kritischen Novembertage hier in Mühlheim schon früher kriselte, wie in den Nachbarorten. Schon am 8. November sollte eine große Demonstration stattfinden. Auf Betreiben der „freien“ Gewerkschaften wurde sie jedoch auf den 9. November angelegt. In der Nacht kam es dann bekanntlich zu der Soldatenevakuierung. Entscheidend waren dann die Vorgänge während der Demonstration am Samstag, den 9. November. Am Freitag hatte man in den Betrieben Vorschläge für eine Arbeiterwahl auf angeblich paritätischer Grundlage vorbereitet. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften waren es auch, die die Demonstration vorbereiteten und die Waffen auf die Straßen brachten. Während der Demonstration wurden die Urheber der Demonstration aber von einer Gruppe, die nach Aussage von Eingeweihten circa 28 Mann zählte, überumpelt und aus der „Wahl“ zum Arbeiterrat gingen Leute hervor, die bis dahin in Mühlheim Arbeiterkreisen in der Mehrzahl ziemlich unbekannt waren. Später zeigte es sich, daß es Spartakisten und sonstige Radikalisten waren. Zwar wurden Versuche gemacht, eine andere Zusammensetzung des Rates zu erreichen, da aber die Gewählten eine Stütze bei dem hier vorhandenen Militär fanden, so gelang dieses nicht. Inzwischen war man aber seitens des Arbeiterrates nicht müßig und suchte sich bei der Arbeiterschaft populär zu machen. Gleich in der ersten Vollversammlung am Abend des 9. November wurde der Achtstundentag proklamiert unter Fortsetzung der bisherigen Löhne. Interessant und von weittragender Bedeutung war, daß die bisherigen Herrenmenschen der hiesigen Großindustrie vor den neuen „Machthabern“ zusammenklappten wie Tafelmesser. Es braucht nicht näher erläutert zu werden, wie diese Maßnahmen auf eine in der Mehrzahl unvorbereitete Arbeiterschaft wirken mußte. Da die große Masse nicht organisiert war, hatte sie keine Vorstellung davon, in welcher umfangreicher Weise bereits durch die Gewerkschaften der Achtstundentag vorbereitet und für bestimmte Gruppen die Termine der Einführung bereits vorgeesehen waren, auch wenn die Revolution nicht gekommen wäre. Die Täuschung war gelungen und das Groß der hiesigen Arbeiter war mit einem Schlag für die neuen Männer gewonnen. Letztere suchten ihre Macht noch durch Einrichtung einer sogenannten „Sicherheitswehr“ zu festigen. Wer heute an dem Vorhandensein von Regierungstruppen Unwohl nehmen möchte, sollte bedenken, daß als erste die Spartakiden den Militarismus wieder belebt haben. Es folgte dann eine Zeit, wo nach spartakistischen Grundrissen „regiert“, richtiger terrorisiert wurde. Wohnbewegungen „mit Majestätengeheuer“ usw. In besonders gefährlicher Weise wurden die gewerkschaftlichen Organisationen und deren Führer bekämpft. Ein Landesvertreter, früherer sozialdemokratischer Redakteur, leitete aus dem Hinterhalt die ganze Aktion. Unter dem Stichwort „Freiheit“ wurde ein spartakistisches Blatt herausgegeben und von Mühlheim aus mit Erfolg das ganze Ruhrrevier, im besonderen die Bergarbeiter, für den Radikalismus mehr oder weniger gewonnen. Begünstigt wurde diese Agitation durch die steigenden Ernährungschwierigkeiten, hervorgerufen durch die unumgängliche Weiterführung der Blockade seitens unserer Feinde. Das Streikfever grassierte immer mehr, und auf die warnenden Rufe einsichtiger Männer und der berufenen Führer der Arbeiter wurde nicht geachtet. Hinzu kam die Entschädigung für entgangenen Lohn während der Streikzeiten durch die Unternehmer oder aus Staatsmitteln.

Daß die Regierung sich endlich zu entscheidenden Maßnahmen gegenüber der bolschewistischen Sturmflut entschloß, änderte zunächst wenig an dem Gang der Ereignisse — die entfesselten Gewalten mußten sich ausstoben. Es kam der größte Bergarbeiterstreik des Ruhrreviers. Heute, nachdem diese Generalkraftprobe der Spartakiden in sich zusammengebrochen ist, dürfte die Arbeiterschaft bereit sein, mal ruhig über das Verfehlte der ganzen Geschichte nachzudenken.

Der Bergarbeiterstreik hat dem deutschen Volke Milliardenverluste gebracht, durch die in erster Linie die Arbeiter betroffen werden. Laut Bericht des sozialdemokratischen Niederrheinischen Volksstimme, ist allein an Bergarbeiterlöhnen ein Verlust von 73,5 Millionen Mark zu verzeichnen. Durch weitere Kurserhöhungen, durch Sturz unserer Valuta usw., dürfte mit einem gegenwärtigen Verluste von ca. 15 Milliarden Mark zu rechnen sein. Das Sinken unserer Geldwerte hat natürlich ein starkes Steigen der Preise für ausländische Lebensmittel zur Folge.

In Mühlheim mußte natürlich auch mal wieder generalstreikt werden. Von militärischer Seite waren Verhaftungen unter hiesigen Spartakiden vorgenommen worden, weil diese die Vorschriften des Belagerungszustandes außer acht gelassen hätten. Bei dieser Gelegenheit war es zu blutigen Zusammen-

stößen gekommen und somit war der Vorwand gefunden. Wir sagen hier mit Bedacht „Vorwand“, denn verschiedene Vorgänge in den Betrieben, z. B. bei der Friedrich-Wilhelm-Hütte, ließen schon einige Tage vorher erkennen, daß mal wieder eine Kraftprobe vorbereitet wurde. Obwohl militärischer Schutz hier war, ließen sich die Arbeiter in der übergroßen Mehrzahl in den Streik hineintreiben. Wie weit die Verblendung inzwischen gediehen war, geht wohl am besten daraus hervor, daß beschlossen wurde, alle Notstandsarbeiten zu verweigern. Als die Kollegen Hentschler (Christl. Gew.) und Saueregg (Fog. Gew.) in einer Vertrauensmännerkonferenz auf die Folgen eines derartigen Beschlusses hinwies und ersterer auf das dringendste davor warnte, waren es, der sich als Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufspielende Müller und Gäßler von der „Freien Vereinigung“, die diese Auffassung bekämpften und letzterer gebrauchte unter tosendem Beifall der Mehrheit mit Bezug auf die Gefahr der Herabsetzung der Höchsten den Ausdruck „Laßt die Müllpen nur zusammenklappen“. Tatsächlich sollte dann auch die Notstandsarbeit verweigert werden. Wäre so verfahren worden, dann würde das Elend noch viel schlimmer in Erscheinung getreten sein, als wie es jetzt schon der Fall ist. Mühlheim ist vier Wochen ohne Gasversorgung gewesen. Was dieses z. B. für Krankenanstalten usw. bedeutet, kann nur der ermessen, der diese Einrichtungen etwas näher kennt. Die Versorgung mit elektrischem Strom war zeitweilig unterbrochen, dergleichen wurde versucht, auch die Wasserversorgung zu unterbinden, jedoch die Arbeiter des Wasserwerkes waren einsichtig genug, ein derartiges Verbrechen nicht zu begehen. Aber auch an anderen Stellen stieg bei einem Teile der Arbeiter die Vernunft. Das Einfrieren der Hochöfen würde z. B. die Stilllegung eines Werkes von über 4000 Arbeitern auf eine Zeitspanne von mindestens acht Monaten, unter Umständen und sehr wahrscheinlich auch von einigen Jahren zur Folge gehabt haben. Die Erkenntnis dieser bittersten Sachlage veranlaßte dann einen Teil der Arbeiter der Friedrich-Wilhelm-Hütte, die Notstandsarbeiten, entgegen den Anordnungen der Streikleitung, doch zu verrichten. Zunächst waren es vornehmlich christlich organisierte Arbeiter, die dem Mut dazu fanden, aber es haben sich dann auch sozialdemokratisch organisierte eingeschoben. Ferner haben die Angestellten des Werks sich an den Notstandsarbeiten beteiligt, was besonders anerkannt zu werden verdient. Es wurden seitens der Streikführer die schmerzlichen Drohungen gegen diese Arbeitsmilitanten gebraucht. Letztere jedoch waren durch die Haltung der Gewerkschaftsleitungen geduldet, die den Streik, der vornehmlich politischen Charakter trug, ablehnten. Das christliche Gewerkschaftskartell hatte offen und ehrlich gegen den Streik Stellung genommen.

Leider kam eine klare Stellungnahme bei der sozialdemokratischen und Hirsch-Dunder'schen Richtung nicht öffentlich zum Ausdruck. Gerade bei den H.-D. tritt offen zu Tage, daß der innere geistige Zerfurchungsprozess bei dieser dem Verfall geweihten Bewegung keine klare Haltung aufkommen läßt. Es wirkte geradezu lächerlich, daß eine Hirsch-Dunder'sche Versammlung zu der Zeit, als die entscheidende Krisis in der Streikbewegung bereits zu Ungunsten der Streikführer eingetreten war, einen Beschluß faßten, der in der Forderung einer 50 % (Fünftelprozentigen) Lohnerhöhung gipfelte. Ferner wurde verlangt, daß alle Streikenden, also auch die Saboteure wieder eingestellt werden müßten, und es wurde eine Spitze gegen die Angestellten herausgeholt. Dem Schreiber dieser Zeilen wurde einige Tage später von einem hiesigen führenden Sozialisten mit Bezug auf dieses Vorkommnis die Bemerkung gemacht: „Du, ich glaube, die Hirsche sind verrückt geworden.“

Der Streik selbst hat mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter geendet. Bei der Friedrich-Wilhelm-Hütte wurden alle Arbeiter als entlassen erklärt und dann nach Bedarf Neueinstellungen vorgenommen. Ein Teil der Arbeiter ist infolge dessen arbeitslos geblieben und es erscheint sehr fraglich, ob das Werk wieder in vollem Umfange in Betrieb gesetzt wird. Bei Thyssen machen sich die Folgen in Form von Entlassungen bemerkbar. Ein Teil der Betriebe hat infolge Kohlenmangel noch mit Fehlerschichten zu rechnen gehabt. So sind einem großen Teile der Arbeiter Lohnausfälle bis zu 500 Mark und mehr entstanden, was bei der jetzigen Teuerung recht bittere Nachwirkungen haben muß. Was haben die Streiks bezweckt? Untere Mühlheimer Industrie ist um ihr Ansehen und an den Rand des Ruins gebracht worden. Für die Arbeiter ist nichts erreicht. Was seit der Revolution an Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse eingetreten ist, wurde durch Verhandlungen mit den Organisationsleitungen geschaffen. Andererseits haben diese fortgesetzten Putzschüsse aber mit dazu beigetragen, daß manches unterbleiben mußte und in Mühlheim gegenwärtig niedere Löhne bestehen, wie in Nachbarorten. In mancher Mühlheimer Arbeiterfamilie herrscht heute Not — selbstverschuldet von all denen, die den radikalen Demagogie gefolgt sind. Es bestätigt sich hier, was einstichtige Kenner des Wirtschaftens schon immer betonten, nämlich, daß Spartakus nicht in der Lage und gewillt sei, bessere Verhältnisse zu schaffen, sondern sein Element ist Zerstörung. Als Folge davon kommt Not und Elend und vielleicht auch die Einsicht des verheerenden Handelns — wenn es zu spät ist.

Ob nun die Mühlheimer Arbeiterschaft endlich zur Einsicht kommen wird, und sich von jenen Elementen abwendet, die sich um den früheren Arbeiterrat und das Heftblatt „Freiheit“ und die sogenannte „Freie Vereinigung“ gruppierten — wir wollen es hoffen, denn so wie bisher weiter wirtschaften heißt unsere Industrie vernichten und die Arbeiterschaft brotlos machen.

Einig. In Nr. 17 des Verbandsorgans nahmen wir Stellung gegen den maßlosen Terror hier am Orte und schon wieder äußert sich die neue Freiheit in der demokratischen Republik in ganz eigenartiger Weise. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Parteien beschließen, am 1. Mai einen Demonstrationstag zu machen, und fordern alle Arbeiter, auch die christlich organisierten, auf, sich daran zu beteiligen, andernfalls sie ausgeschlossen würden.

In einer am 30. April im Goldenen Löwen abgehaltenen Versammlung nahmen die christlichen Gewerkschaften Stellung dazu und kamen zu dem Ergebnis, sich nicht daran zu beteiligen, weil sie es ablehnten, sich zu einem Demonstrationstag zwingen zu lassen und hinter der roten Fahne herzulaufen. Die Folge davon war, daß unsere Kollegen am Freitag, den 2., und Samstag, den 3. Mai, von den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden. In einer Versammlung wurde sofort dazu Stellung genommen und den Beschluß gefaßt, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben, damit endlich mal hier alle Gewerkschaften übertragene Terror der sozialdemokratischen Freiheitsliebenden gebrochen wird. Die Gewerkschaften bedrohen einzelne von den „Christen“, wenn es gerichtlich ausgetragen wird, dann müssen mal die Hand-

granaten fliegen. Besteres wäre in Einklang zu bringen mit einem Gericht, das sich hier hartnäckig hält, daß die A. S. P. Müllings unter einem Deckmantel Geld gesammelt habe für Waffen und Munition. Möglich genug, denn dieselbe veranfaßte Sammlung über Sammlung. So also sieht die vielgeschwante Freiheit aus. Die christl. denkenden Arbeiter Elbings bedanken sich dafür und treten geschlossen den christlichen Gewerkschaften bei.

Versammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

Donnerstag, (Chr. Festschicht), den 20. Mai 1919:
Mühlheim-Oberhausen gemeinsamer Ausflug der jugendlichen Mitglieder. Treffpunkt 7 Uhr morgens am Stadtbahnhof in Mühlheim an der Kettenbrücke. Rückkehr 1 Uhr mittags.

Freitag, den 30. Mai 1919:
Mühlheim-Oberhausen. 6 Uhr bei Lehnhoff, an der Kirche in Heßen.

Samstag, den 31. Mai 1919:
Dortmund-Elm. 2,30 Uhr bei Röber.
Dortmund-Lüdinghausen. 5 Uhr bei Richter.
Dortmund. 5 Uhr bei Brune, Steckerader Straße.
Mitgliederanzahl mitbringen.
Essen-Jugendklasse. Vertrauensmänner 5,30 Uhr im Alfredshaus.

Sonntag, den 1. Juni 1919:
Steckerade-Viefang. 11 Uhr bei Richter, Weckstraße.
Häde. Generalversammlung. Ergänzungswahl des Vorstandes.

Belbert-Rönnshelde. 11 Uhr morgens.
Essen-Alstadt. 10,30 Uhr Inskl. u. Klempn. bei Ummelmann.
Vorder-Zellweg. 11 Uhr bei W. Kuhlmann.
Vorder-Schönebeck. Versammlung fällt aus.
Essen-Rüttenscheid. 11 Uhr bei Dines.
Alsum. 6 Uhr bei Hemmers, Sonnenstraße.
Oberhausen-West. 10,30 Uhr bei Vogl.
Mühlheim-Oberhausen. 10 Uhr bei Müsch, Falkensteinstraße in Oberhausen, Branchenversammlung für die Privatbahnen.
Mühlheim-Oberhausen-Steckerade. 3 Uhr bei Müsch, Falkensteinstraße in Oberhausen, allgemeine Vertrauensmännerkonferenz für den Verwaltungsbezirk. Ohne Ausweis kein Zutritt.
Dortmund-Schwerte. 11 Uhr bei Quabel.
Dortmund-Hudarde. 11 Uhr bei Richter.
Dortmund-Waltrop. 4 Uhr bei Meermann.

Mittwoch, den 4. Juni 1919:
Steckerade-Rönnshardt. Bei Luft genannt Pfister.
Mühlheim-Oberhausen. 5 Uhr bei Richter in Strum, Marienstraße, Branchenversammlung für Arbeiter der Maschinenindustrie und der mechanischen Betriebe.
Mühlheim-Dümpfen. 6 Uhr bei Lamprecht, Mellingshofer Str.

Donnerstag, den 5. Juni 1919:
Essen (Fachsektion der Klempner und Installateure). 6,30 Uhr im Alfredshaus.
Essen-Höckerhausen. 6 Uhr Klempn. u. Inskl. bei Buchne.
Dortrop. 5 Uhr bei Trogmann.

Freitag, den 6. Juni 1919:
Weiderich. 3 Uhr bei Naak, Vögelstraße.
Belbert-Langenberg. 7,30 Uhr abends.

Sonntag, den 7. Juni 1919:
Essen (Fachsektion der Fuß- und Wagenschmiede). 7 Uhr bei Kähler, Brandstraße.
Hohwinkel. 8 Uhr bei Mühl in Sonnborn, Hauptstraße.
Belbert-Heßhausen. Ausflug.

Donnerstag, den 12. Juni 1919:
H. Neumühl. 5 Uhr bei Schmitz, Horststraße.

Bohnm. Umständehalber muß die Versammlung vom Griesenbruch auf Pfingstmontag, morgens 11 Uhr bei Schiffmann verlegt werden.
Mühlheim-Mühl. Jeden Samstag abend 7,30 Uhr Lehrkursus bei Müller, Hindenburgstraße.

Bromberg. Das Büro befindet sich ab 1. Juni Wilhelmstraße 3.

Düren. Die Geschäftsstelle unseres Verbandes befindet sich Jesuitenstraße 18.

Pfalz. Durch den großen Mitgliederzuwachs mußten die christl. Gewerkschaften auch für die Pfalz mehrere Beamten anstellen, deren Sitz sich zum Teil in Ludwigshafen befindet. Treffpunkt der christlichen Arbeiter ist das Lokal „Zur freischen Quelle“ bei Kollege Walfahrt, 1. Gasse, Friesenheimer Straße 119, in der Nähe des kleinen Tores der Walfahrt Anilin- und Soda-Fabrik. Dortselbst befinden sich auch im 2. Stock die Büros der einzelnen Verbände:
Christl. Metallarbeiter-Verband, vertreten durch Sekretär A. Schwarz.
Christl. Fabrik- und Transportarbeiter-Verband, vertreten durch Sekretär Hob. Köhler.
Christl. Bauhandwerker-Verband, vertreten durch Kollege W. Gahl.
Kartellvorsitzender der christl. Gewerkschaften ist Volksvereins-Sekretär J. Gable, Ketteler Straße 40, (Telephon Nr. 1902).
Telephonnummer der einzelnen Verbände wird, wenn der Anschluß fertiggestellt ist, bekannt gegeben.

Arbeitersekretär gesucht.
Für den Bezirk Gelsenkirchen wird für sofort ein Arbeitersekretär gesucht. Es wird auf erstklassige Kraft gerechnet. Bewerbungen sind zu richten an den Bezirkspräsidenten Pfarrer Gumpert, Gelsenkirchen, Kapellenstraße 16.

Züchtige Schlosser und Dreher
für mittlere weisfähige Industrie in dauernde Beschäftigung gesucht.
Offerten mit Angabe des Alters, Beruf, bisherige Tätigkeit, sowie Nachweis der Mitgliedschaft unter 9944 an die Geschäftsstelle des „Ad vom Niederrhein“, Duisburg, Musfeldstraße 15.